



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

17. Juli 2015

Schutz für Flüchtlinge statt Repression+++ PUA NSU für Hamburg!+++ Rechter Populismus+++ NOlympia-Bewegung+++

Ein bisschen Abstand und Ruhe müssen sein!



So (unheimlich) ruhig wird's vermutlich nicht (Sellin auf Rügen, wikipedia)

Hektische Monate liegen hinter uns, die anfangs von der Neuaufstellung der Linksfraktion nach der Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft und in den vergangenen Tagen vom Hoffen und Bangen um die Not der griechischen Bevölkerung und ihrer Syriza-geführten Regierung geprägt waren. Es ist manchmal schier zum Verzweifeln, mit welcher ungebrochenen Kraft der Neoliberalismus in Europa den Ton angibt und jeden aufkeimenden Protest, gar alternative Konzepte, mit ökonomischen und politischen Mitteln abwürgt.

Doch dass diese ungerechten Verhältnisse, die gnadenlose Ausbeutung weiter Teile der Welt, zurückschlagen auf die reichen, kapitalistischen Länder, das bekommen wir gegenwärtig vor allem über die enorm angewachsenen Flüchtlingsströme mit. Kein Containerdorf weiter entfernt als einen Kilometer, so die Ansage des Senats. Damit gehen Herausforderungen einher, in denen sich die ganze Stadt bewähren muss. Wir brauchen reichlich materielle und personelle Mittel, aber auch die Toleranz und Mitwirkung vieler, vieler Men-

schen in den Quartieren, um dieser humanitären Katastrophe zu begegnen. DIE LINKE wird ihren Beitrag dazu leisten.

Vor diesem Hintergrund fällt es nicht ganz leicht, allen ein paar sonnige Sommer- und hoffentlich auch Ferienwochen zu wünschen. Und dennoch, es gilt Kraft zu tanken für das zweite Halbjahr und die unweigerlich kommenden Auseinandersetzungen und Kämpfe. Ein bisschen Energie müssen wir allerdings abzapfen, denn Anfang September zieht die größer gewordene Linksfraktion – nach sieben Jahren – von der Buceriusstraße in die Lilienstraße um.

Nichtsdestotrotz: Herausgeberinnen und Redaktion wünschen allen AbonentInnen und LeserInnen des »BürgerInnenbriefes« ein paar schöne und sonnige Sommerwochen!

Die nächste Ausgabe erscheint Mitte September, und damit die Zeit bis dahin nicht zu lang wird, ist diese Nummer ein wenig »dicker« geraten, vor allem wegen der akuten Themen Flüchtlinge und Olympia.

Menschen suchen Schutz, keine Repression!

Von Christiane Schneider und Surya Stülpe



Unterkunft in der Drateinstraße (Foto: Christiane Schneider)

Weltweit haben wir es seit einigen Jahren mit einer Vielzahl von Krisen und Konflikten zu tun. Eine der Folgen ist, dass aktuell 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind. Es ist eine unbeschreibliche Belastung für diese Menschen, gezwungen zu sein, einen vertrauten Ort auf unbestimmte Zeit zu verlassen und im Unbekannten auf Schutz zu hoffen. Die meisten bleiben im eigenen Land (38%), viele fliehen aber auch in Nachbarländer. 86% aller Flüchtlinge weltweit leben in Entwicklungsländern, nur 14% in Industrieländern. 126.000 Menschen haben in Deutschland zwischen Januar und Mai 2015 einen Asylersantrag gestellt. Auf Hamburg entfielen davon 3.565.¹ Zum Vergleich: In der Türkei leben aktuell 1,6 Millionen Flüchtlinge. Nach Deutschland und Hamburg kommt also nur ein verschwindend geringer Anteil.

Unbestritten ist es eine Herausforderung für die Hansestadt, aktuell alle Flüchtlinge unterzubringen. Aber die Flüchtlingsbewegungen sind nicht völlig überraschend und damit unvorhergesehen eingetreten. Die Stadt und auch die Bundesrepublik hätten schon viel früher reagieren müssen. Spätestens jetzt sehen sie sich gezwungen, mit einem Konzept zu antworten. Unter anderem, weil das Gefühl, dass die Verantwortlichen heillos überfordert sind, bei den Menschen Ängste weckt. Derzeit erleben wir, dass ganz Hamburg über Flüchtlinge spricht. Die Medien berichten und viele hundert Hamburgerinnen und Hamburger engagieren sich ehrenamtlich. Das ist großartig. Denn das gibt Grund zu der Hoffnung, dass immer mehr Menschen sich damit auseinandersetzen, wie in der Bundesrepublik mit Schutzsuchenden umgegangen wird. Gleichzeitig erleben wir, dass eine Einteilung der Schutzsuchenden in »richtige Flüchtlinge« und »Armutsfüchtlinge« en vogue wird. Diese Tendenz wird von der CDU aktuell massiv verstärkt und von vielen Medien gerne aufgegriffen. Entgegen müssen wir denen, dass diese Differenzierung erstens sachlich falsch ist, denn die angeblichen Armutsfüchtlinge vom Westbalkan fliehen nicht nur vor Armut und ab-

solter Perspektivlosigkeit, sondern auch vor systematischer Diskriminierung bis hin zu Übergriffen² durch gewalttätige Rassisten; zweitens wirtschaftliche Überlegungen unzulässig mit dem Asylrecht vermischt.

Schutz bekommt, wer Schutz braucht; alle weiteren Überlegungen haben dabei keine Rolle zu spielen. In vielen Kommentaren, Sendungen, Anfragen und Anträgen (massiv z.B. im CDU-Antrag »Missbrauch des Asylrechts und falsche Migrationsanreize verhindern...«, Drs. 21/735 vom 10.6.2015) werden aber einige Flüchtlinge willkommen geheißen und anderen ihre Legitimität abgesprochen (hier spielt ganz sicher auch Antiziganismus eine Rolle). Zufälligerweise sind die »richtigen Flüchtlinge« größtenteils gut ausgebildete junge Menschen aus Syrien, dem Irak und Iran. Fachkräfte eben. Der »Bund Deutscher Arbeitgeber« fordert deshalb die Politik vehement auf, Flüchtlinge besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

In vielen Teilen der Republik wird gleichzeitig wieder massiv rassistisch gehetzt. PEGIDA, LEGIDA und wie sie alle heißen, bereiten sprachlich vor, was auch in die Tat umgesetzt wird. Übergriffe auf Menschen, die als MigrantInnen gelesen werden, Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte (wie zuletzt in Lübeck und Meissen). All das passiert ständig und die CDU/CSU macht ungehemmt weiter mit ihrer Hetze (schlimmes Beispiel aus Hamburg: die Kleine Anfrage »Räuber von Jenfeld«, Drs. 21/920).

Da werden Erinnerungen wach, wenn jetzt auch noch ein Gesetz den Bundestag passiert, das mieser nicht sein könnte. Das »Neubestimmungsgesetz« kommt nach außen

¹ Nach Angaben von UNHCR (Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen) und BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge).

² PRO ASYL: Zur faktischen und rechtlichen Bewertung des Gesetzgebungsvorhabens der Großen Koalition zur Einstufung von Westbalkanstaaten als »sichere Herkunftsstaaten«: Serbien, Mazedonien und Bosnien/Herzegowina; Rechtsgutachten Westbalkan II: Albanien & Montenegro.

ganz unschuldig daher, ist aber in Wahrheit ein Abschottungs- und Inhaftierungsgesetz. »Neu bestimmt« werden neben einigen wenigen Verbesserungen vor allem neue Haftgründe für Schutzsuchende, die Kriminalisierung der Bezahlung so genannter Schleuser (in vielen Fällen wäre der Begriff Fluchthelfer angebracht, denn ohne kommt man/frau faktisch nicht mehr ins hochgesicherte Europa) und der Wiedereinreise nach abgelehntem Asylantrag. Trotz allem regt sich nicht viel Widerspruch. Dieses Gesetz ist nach Meinung vieler in mehrerer Hinsicht grundrechts- und europarechtswidrig.³ Doch es wird dauern, bis die Gerichte einzelne Regelungen wieder einkassieren. Bis dahin werden Menschen ihrer Rechte

beraubt. Und als wäre das alles noch nicht genug, haben die Ministerpräsidenten der Länder und die Kanzlerin kürzlich die Einrichtung von drei Auffanglagern für Flüchtlinge aus angeblich sicheren Herkunftsstaaten beschlossen. Betroffene sind vor allem Roma aus dem Westbalkan. Hier sollen bis zu 5.000 Menschen untergebracht, im Asyl-Schnellverfahren abgefertigt und zur Ausreise gezwungen werden. Auch das weckt sehr unangenehme Erinnerungen.

³ Vgl. z.B. die Stellungnahme von PRO ASYL, Amnesty, UNHCR: www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a04/anhoerungen/42_sitzung_inhalt/364474

Schwangere Asylsuchende: mangelnd versorgt

Von Surya Stülpe



Foto: Christiane Schneider

Die Richtlinie 2013/33/EU zur Unterstützung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge trat am 19. Juli 2013 in Kraft. Die Mitgliedstaaten hatten zwei Jahre Zeit, also bis zum 20. Juli 2015, diese umzusetzen. Besonders schutzbedürftige Frauen sind laut Richtlinie u.a. Schwangere ab Feststellung der Schwangerschaft und Alleinerziehende mit Kindern.

Da kürzlich bekannt wurde, dass eine Frau, die in Hamburg wegen Komplikationen während der Schwangerschaft stationär behandelt wurde, nach mehrmaliger Umverteilung ihr Kind verlor (<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Ist-Behoerde-mitverantwortlich-fuer-Baby-Tod,burbach100.html>), haben wir seitens der Linksfraktion zum Themenkomplex »Schwangerschaft mit Asylbewerber-Leistungsgesetz« nachgefragt. Durch die Senatsantworten auf zwei Schriftliche Anfragen (Drs. 21/548 und Drs. 21/547) wurde deutlich, dass besonders schutzbedürftige Flüchtlinge in Hamburg mit einer solchen Vielzahl von Zuständigkeiten und Regelungen konfrontiert sind, dass es nicht verwundert, wenn es immer wieder zu gravierenden Problemen kommt. Frauen, die sich zum Beispiel gegen eine Umverteilung wehren wollen, müssen ein ärztliches Attest beibringen, das auch in ihrem Mutterpass vermerkt sein muss. SozialarbeiterInnen in den Unterkünften sind mit einem Betreuungsschlüssel von 1:80 (inkl. Verwal-

tung) überfordert und können nicht allen die Unterstützung zukommen lassen, die sie brauchen. Selbstverständlich ist eine Sammelunterkunft für die Unterbringung von Schwangeren und Wöchnerinnen nicht geeignet. Die Unterbringung in Containerdörfern oder gar Zelten mit bis zu 1.500 Menschen stellt eine besondere psychosoziale Belastung dar; Ruhe und Behaglichkeit sind z.B. in der Schnackenburgallee nirgendwo zu finden. Wir meinen, auf eine Umverteilung von Schwangeren und WöchnerInnen sollte vollständig verzichtet werden, es sei denn, es handelt sich um den ausdrücklichen Wunsch der Frauen. Selbstverständlich sind auch Abschiebungen und »freiwillige« Ausreisen während der Schwangerschaft und danach unzumutbar. Ein Recht auf Wohnen sollte grundsätzlich für alle gelten, mindestens aber müssen besonders Schutzbedürftige sofort mit Wohnraum versorgt werden.

Die Belange von besonders Schutzbedürftigen sollen im flüchtlingspolitischen Konzept, das Linksfraktion und -partei in den nächsten Wochen und Monaten erarbeiten wollen, möglichst umfassend berücksichtigt werden. Einen ersten Aufschlag zur Erarbeitung dieses Konzepts haben wir mit dem Treffen der flüchtlingspolitisch Aktiven aus den Bezirken und der Fraktion gemacht. Am 2. Juli wurden hier Probleme, Ideen und erste Strategien besprochen.

PUA NSU: auch in Hamburg überfällig!

Von Surya Stülpe



www.nsu-watch.info

Am 27. Juni 2015 jährte sich der Mord an Süleyman Taşköprü, der 2001 in der Bahrenfelder Schützenstraße vom »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) erschossen wurde. Am Vorabend des Jahrestages lud die Linksfraktion zu einer Podiumsdiskussion ins Altonaer »Haus 3«. Der große Saal war mit fast 70 ZuhörerInnen gut gefüllt.

Cornelia Kerth (Vorsitzende der VVN-Bund der Antifaschisten) moderierte das Gespräch zwischen Christiane Schneider (MdHB), Axel Hoffmann (Nebenklageanwalt im Münchner NSU-Prozess) und Martina Renner (MdB DIE LINKE und Mitglied im 1. Thüringer Untersuchungsausschuss).

Christiane Schneider stellte auf der Veranstaltung einen Antrag an die Hamburgische Bürgerschaft (Drs. 21/887) vor, der die Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zum NSU-Komplex zum Ziel hat. Sie forderte: »Das bundesweite Nazi-Netzwerk und der Knoten Hamburg sowie die Gründe der Nicht-Aufklärung des Mordes durch die Hamburger Sicherheitsbehörden müssen dringend aufgeklärt werden. Das sind wir den Angehörigen der Opfer schuldig, das müssen wir aber auch machen, um derlei Entwicklungen zukünftig von vornherein auszuschließen.«

Martina Renner berichtete eindrücklich von den Aufklärungsbemühungen der Untersuchungsausschüsse im Bundes-

tag und in Thüringen, wo mittlerweile jeweils bereits zweite Untersuchungsausschüsse eingerichtet werden. Die These vom einsam mordenden Trio sei mittlerweile absolut überholt. Jetzt müsse aufgeklärt werden, wie groß die UnterstützerInnenzene wirklich sei und wer was zu welcher Zeit gewusst habe. Inzwischen gehe man von gut 46 V-Leuten im Umfeld des NSU aus.

Axel Hoffmann berichtete, dass das hartnäckige Festhalten der Behörden an der »Trio-These« auch die Aufklärung im Münchner Prozess verhindere. Hier sei man durch die Anklageschrift an enge Vorgaben gebunden und könne wichtigen Fragen nicht nachgehen.

Ein ausführlicherer Text zur Begründung des Antrags findet sich im letzten »BürgerInnenbrief«. Der Antrag auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses in Hamburg ist in der Parlamentsdatenbank unter der Drucksachennummer 21/887 zu finden.



Rechter Populismus in der Bürgerschaft

Von Joachim Bischoff

Ex-Innensenator und Bürgerschafts-Fraktionsvize Dirk Nockemann gehört zu den Siegern im AfD-Richtungsstreit: »Ich rechne mit einer klaren programmatischen Ansage des neuen Bundesvorstands und erwarte, dass alle dahinterstehen.« Das gelte z.B. für das Thema Zuwanderung. »Wem das zu radikal ist, der muss seine Konsequenzen ziehen.« Diese Aufforderung zielte auf den AfD-Landesvorsitzenden Jörn Kruse.

Dieser ist wegen des Rechtsrucks in der Partei und der Abwahl des Parteigründers Bernd Lucke resigniert zurückgetreten. Die AfD hatte bei der Bürgerschaftswahl im Februar unter Kruses Führung erstmals den Sprung in ein westdeutsches Landesparlament geschafft und in Hamburg acht Mandate geholt. Die AfD Hamburg gilt – abgesehen von einer Minderheit um den Fraktions- und Parteivizen Dirk Nockemann – eigentlich als Gefolgschaft der Wirtschaftsliberalen.

Kruse sieht die Partei nach der Wahl der neuen Bundesvorsitzenden Frauke Petry deutlich im nationalkonservativen und rechtspopulistischen Fahrwasser. Die Ergebnisse des AfD-Bundesparteitags in Essen seien eine Katastrophe, »weil sie deutlich machen, dass wir inzwischen zu einer rechten Partei geworden sind und vermutlich auch immer mehr werden«. Kruse grenzt sich daher erneut von seinem Stellvertreter Nockemann ab, mit dem er seit Wochen im Clinch liegt. Er bezeichnete das frühere Schill-Mitglied als »irrelevant«. Außerdem leugne der frühere Innensenator wider besseres Wissen, dass die AfD nach rechts rücke. »Die Partei hat ihren Charakter komplett verändert. Herr Nockemann weiß natürlich genau, dass die Partei nach rechts rückt – und zwar sehr stark.«

Sicherlich schlägt die AfD deutlicher einen rechtspopulistischen Kurs ein. Allerdings war der so genannte wirtschaftsliberale Flügel selbst vorher im rechtskonservativen Spektrum unterwegs. Und die Riege der Wirtschaftsprofessoren war als Partei-Kader nicht wirklich überzeugend. Vom Brandenburger AfD-Chef Alexander Gauland, der jetzt stellvertretender AfD-Bundesvorsitzender ist, kommen daher keine

Worte des Bedauerns. »Bernd Lucke ist wirklich kein guter Parteiführer«, verkündet er. »Ich finde es schade, ich hätte mir gewünscht, dass er dabei bleibt und um seine Ansichten in der Partei kämpft.« Dass Lucke mit der angedrohten Gründung einer neuen Partei Erfolg haben könnte, bestreitet Gauland nicht. »Er hat nur immer sich im Mittelpunkt gesehen und nicht die Partei, und dieser Fehler wird ihm wahrscheinlich auch wieder passieren, wenn er eine neue Partei gründet.«

Was sind für Lucke, Kruse, Henkel u.a. die zentralen Aspekte des Rechtsrutsches? Zu diesen Vorstellungen, die in der AfD inzwischen weit verbreitet seien, zählen sie eine anti-amerikanische Grundhaltung, ausländerfeindliche Ansichten und fundamentale Systemkritik. Resultat: »Die Partei ist unwiederbringlich in die falschen Hände gefallen.« In starkem Umfang seien in den letzten Wochen Mitglieder in die AfD hineingeströmt, die die Vorstellungen des nationalkonservativen, fremden- und islamfeindlichen Flügels teilen. Frauke Petry bestreitet allerdings den »Rechtsruck« der Partei. »Wir werden uns weiterhin von radikalen und extremistischen Positionen abgrenzen.«

Nach Auskunft der Bundesgeschäftsstelle traten nach dem Parteitag rund 600 der zuletzt rund 21.000 Mitglieder aus der AfD aus. Vermutlich ist diese Abspaltung zu gering für eine erfolgreiche Neugründung. In dem von Lucke und einigen MitstreiterInnen im Mai gegründeten Verein »Weckruf 2015« wird diese Gründung einer neuen Partei betrieben. Von bisher 2.000 TeilnehmerInnen einer Umfrage unter den UnterstützerInnen votierte eine klare Mehrheit für einen solchen Schritt.

Jörn Kruse ist mit seiner Verortung noch nicht zu Ende. Und sein Fraktionskollege Nockemann wird ihm keine Schonung gewähren. Kruse hat erst einen Schritt vollzogen: »Selbstverständlich kann ich für eine solche rechte Partei nicht arbeiten, und ich kann auch meinen Namen dafür nicht hergeben.« Doch den Hamburger Landesverband will der Wissenschaft-

ler noch nicht aufgeben. Mit seinem Rücktritt wolle er mit seinen Weggefährten des liberal-konservativen Lagers den Weg für eine innerparteiliche Klärung freimachen. »Wir wollen einen neuen Parteitag, auf dem festgelegt wird, wohin die Reise gehen soll.« Die Essener Beschlüsse stimmten nicht mit dem überein, was in der Hamburger AfD Programm sei. Reguläre Vorstandswahlen sind erst für den März 2016 vorgesehen. Möglicherweise wird daher ein Sonderparteitag einberufen. Wie in anderen Landesverbänden und Landtagsfraktionen wird also auch in Hamburg der Zeretzungsprozess weitergehen. Ist die AfD damit am Ende?

Vor einer vorschnellen Schlussfolgerung sei gewarnt. Die organisatorisch-politische Selbstzerfleischung der rechtspopulistischen Partei kann das Aus für die aktuelle Formation sein. Aber: Der Aufwärtstrend rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen in Europa ist in Deutschland nicht nur angekommen, sondern hat sich insgesamt verstetigt. Seit der Europawahl 2014 ist die Akzeptanz und Aufmerksamkeit für die Rechtspopulisten zusätzlich gestiegen. Parteien dieser Couleur haben Wahlerfolge in Dänemark, Finnland, Österreich, Italien, Frankreich, Großbritannien und auch in Schweden gehabt. Dort sind sie zum Teil an Regierungen beteiligt.

Zudem haben es die österreichische FPÖ, der belgische Vlaams Belang und der französische Front National geschafft, sich europäisch zu vernetzen und mit der »Europäischen Allianz für Freiheit« eine gemeinsame Partei zu gründen. Damit können die nationalen rechten Kräfte EU-Fördergelder einheimsen. Das ist eine neue und gefährliche Qualität des europäischen Rechtspopulismus.¹

Die etablierten Parteien des bürgerlichen Lagers haben immer weniger gegen die menschenverachtenden Inhalte dieser Parteien vorzubringen. Programmatische Abgrenzungen und alternative Konzepte sind die Ausnahme. Ein Beispiel ist die Migrationspolitik. Statt klarzumachen, dass Asyl ein Menschenrecht ist und dass rechtsradikale und rassistische Parolen keine Lösung gegen die große Fluchtbewegung sind, resignieren die Parteien des konservativ-bürgerlichen Lagers wie auch Teile der europäischen Sozialdemokratie in ganz Europa vor den realen Problemen und der wachsenden Zustimmung für die rechten Populisten.

Der rechte Populismus ist keine Bewegung der Armen, sondern eine Bewegung der unteren Mittelschicht in wohlhabenden Gesellschaften. Das Aufkommen rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien wird nicht von einem politikverdrossenen Prekariat, sondern von Angehörigen der unteren Mittelschicht mit ihren Ressentiments gegen Fremde getragen. BürgerInnen wählen nicht populistische Parteien, weil sie zufrieden sind. Sie sind unzufrieden damit, wie die Dinge laufen. Das hat damit zu tun, dass sie sich politisch nicht mehr vertreten fühlen, dass die etablierten Parteien sie nicht repräsentieren.

Sie glauben aber auch, dass man das System funktionsfähig halten könne. Das eigentliche Problem sind nicht die Parteien. Sie sind nur das Symptom eines zugrunde liegenden Problems. Das Problem ist, dass etwa 70% der Bevölkerung mit dem Establishment unzufrieden sind. Indem man die ei-

gensinnigen Stimmen unterdrückt oder sie lächerlich macht, nimmt man den Menschen aber nicht ihre Gesinnung.

Daher ist es eine gefährliche Fehleinschätzung, von einem Prozess der Zerlegung der AfD auszugehen. Natürlich besteht die Möglichkeit, dass sich diese Partei politisch handlungsunfähig macht. Aber das Setzen auf ein Scheitern ist angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Konstellation nicht überzeugend. Selbst wenn die AfD aktuell in den meisten bundesweiten Umfragen unter 5% liegt, darf daran erinnert werden, dass sie laut den gleichen Meinungsforschungsinstituten vor wenigen Monaten noch sicher mit einem Einzug in den Bundestag bei der Wahl 2017 rechnen konnte. Ob Bernd Lucke ein politisches Comeback ohne die AfD schafft, ist fraglich. Mit dem »Weckruf 2015« stand seit einiger Zeit die Gefahr einer Abspaltung im Raum, die jetzt vollzogen wird. Auf der Ebene des Bundesvorstandes und der Landtagsfraktionen geht es weiterhin um beinharte Richtungskämpfe.

Die jüngsten Erfolge des Rechtspopulismus in Frankreich oder Großbritannien machen deutlich: Die Chancen werden eher nicht vergrößert durch Öffnung, sondern durch Abgrenzung gegenüber der extremen Rechten. Das Beispiel insbesondere des Front National zeigt, dass eine deutliche Distanzierung vom rechtsextremen, antisemitischen Erbe des FN-Gründers die Chancen verbessert, bei Wahlen erfolgreich zu sein, wie aktuelle Umfragewerte zeigen.

Allerdings bleiben in kulturell-gesellschaftlichen Fragen (Kultur, Erziehung, Platz der Frauen, Todesstrafe, Homosexualität etc.) weiterhin rechtskonservative, rassistische und diskriminierende Überlegungen im rechtspopulistischen Lager dominant. Die aktuelle Mixtur aus niedriger Wahlbeteiligung, eklatierenden Finanzproblemen, wachsender sozialer Spaltung und massiver Flüchtlingsbewegung mit der Erosion der gesellschaftlichen Fundamente der Demokratie spielt rechtspopulistischen Parteien in die Karten. Die AfD ist nach dieser Richtungsentscheidung keine konsolidierte Organisation. Vor allem mit den rechtsextremen Strömungen wird es immer wieder heftige Auseinandersetzungen um Ausrichtung und politische Programmatik der AfD geben.

Das Zusammenspiel von Rechtspopulismus und bürgerlichen Parteien konnte man exemplarisch vor der Sommerpause in der Bürgerschaft beobachten. Die CDU hat für »Massenabschiebungen« plädiert, um Menschen vom Balkan von einer Einreise nach Hamburg abzuhalten. »Dazu gehört auch, dass man als Regierung in Hamburg mal symbolisch bereit ist zu sagen, wir machen dann eben mal eine Massenabschiebung von Menschen, die aus dem Kosovo oder Albanien kommen«, schimpfte die CDU-Abgeordnete Karin Prien in der Debatte über einen CDU-Antrag zur Flüchtlingspolitik mit dem Titel »Missbrauch des Asylrechts und falsche Migrationsanreize verhindern – Hilfe in Not und wirksame Integration vorantreiben«. Prien kritisierte die Aussage von Bürgermeister Olaf Scholz in einer früheren Regierungserklärung, in der dieser gesagt habe, dass man in Hamburg alle Menschen will-

¹ Siehe dazu auch die neue VSA: Flugschrift von Joachim Bischoff, Elisabeth Gauthier und Bernhard Müller, »Europas Rechte. Das Konzept des »modernisierten« Rechtspopulismus«.

kommen heiße, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben hierher kämen. Das sei nicht möglich, sagte Prien, die noch einmal auf die aktuellen Zahlen hinwies, wonach derzeit 400 und in der kommenden Woche womöglich 500 Flüchtlinge pro Tag neu in die Hansestadt kämen. Das Thema sei »dra-

matisch«, und die CDU wolle den Senat bei der Bewältigung der Herausforderungen unterstützen. Das sei ihre »christliche und humanitäre Pflicht«. Der AfD-Innenpolitiker Dirk Nockemann lobte logischerweise den Tenor der CDU-Vorschläge und erfreut sich an der ideologischen Nachbarschaft.

Mietpreisbremse im Fokus



MietinteressentInnen im Falkenried, 2013 (flickr/oxfordian)

Auch wenn wir im »BürgerInnenbrief« wiederholt darauf hingewiesen haben, dass die in Hamburg mit Verzögerung zum 1. Juli 2015 in Kraft getretene Mietpreisbremse wohl eher ein Mietpreisbremschen ist, hat doch der massive Widerstand des Haus- und Grundeigentmerverbandes aufmerken lassen. Offenbar befürchtet dieses Grüppchen eine Beschneidung ihrer in den letzten Jahren infolge der Wohnungsnot und des Mietwahnsinns reichlich eingefahrenen Extra-Profiten. Kaum hat dieser Verband grünes Licht gegeben – nicht ohne dem Senat eine baldige Überprüfung des neuen Gesetzes in Hamburg abzurufen –, wendet er sich gegen den Mieterverein zu Hamburg, der eine kluge und öffentlichkeitswirksame Idee platziert hat: die Online-Überprüfung der Miethöhe. Wir danken dem Mieterverein für die Erlaubnis, hier seine aktualisierte Pressemitteilung zum Thema aufzunehmen:

Ab dem 1. Juli 2015 bietet der Mieterverein zu Hamburg in Kooperation mit der Codiac Knowledge Engineering GmbH einen neuartigen Onlineservice zur Mietpreisbremse in Hamburg an. Mit dem in dieser Form einzigartigen Online-Modell können alle Mieterhaushalte in Hamburg eine erste Einschätzung bekommen, ob die vereinbarte Miete überhöht ist und der Verdacht besteht, dass die Mietpreisbremse außer Acht gelassen wird. In der Einführungsphase wird dieser 24-Stunden-Dienst kostenlos sein.

Bei dem Grundeigentmerverband hat dieses einfache und vor allem kostenlose Instrument zur Einschätzung der Miethöhe für die Mieterhaushalte in Hamburg offenbar zum großen

rgernis geführt. Der Hauptgrund dürfte darin liegen, dass ab sofort alle in den gängigen Wohnungsportalen angebotenen Mietwohnungen auf die »Verträglichkeit« mit der in Hamburg geltenden Mietbremse gecheckt werden können. In den ersten elf Tagen wurde der Dienst von mehr als 3.000 NutzerInnen abgerufen. Wenn berücksichtigt wird, dass aktuell bei den größten Wohnungs-Miet-Portalen Immobilienscout 1.700 und bei Immonet 2.000 Mietwohnungen in Hamburg angeboten werden, kann man den rger der VermieterInnen verstehen. Aus diesem Grunde versucht der Grundeigentmerverband mittels einer einstweiligen Verfügung, das Instrument zur Information und Aufklärung der Verbraucher (Mieter) mit fadenscheinigen Begründungen zu stoppen. Zunächst wird beanstandet, dass das Tool des Mietpreis-Checks für WOHNUNGEN nicht zwischen Wohnungen und Reihenhäusern oder Einfamilienhäusern unterscheidet. Als ob nicht für jeden durchschnittlichen Nutzer – bis auf die Vermieter – klar wäre, dass Wohnungs-Check etwas anderes sein dürfte, als ein Check für Reihenhäuser. Weiter wird bemängelt, dass der ersten Einschätzung der zulässigen Miethöhe durch den Check der Mittelwert des Mietenspiegels zugrunde gelegt wird. Bei den o.g. Portalen berschreiten die verlangten Mieten die Mittelwerte der einschlägigen Felder des Mietenspiegels nicht nur um 60% und mehr, sondern liegen darüber hinaus weit über dem Höchstwerten.

Die Einordnung der fraglichen Wohnung 5% über oder unter dem Mittelwert, was z.T. erst nach einem rechtskräftigen Urteil in der II. Instanz möglich ist, dürfte bei diesem klaren

Verstoß gegen die Mietpreisbremse keine Rolle spielen. Auch Mieterhöhungen im Bestand der letzten Jahre zeigen, dass grundsätzlich (ca. 80%) eine ortsübliche Miete vereinbart wird, die dem Mittelwert entspricht. Schließlich die Beanstandung, der Check berücksichtige nicht die von dem Vermieter gezahlte Miete. Das muss er auch nicht, weil sowohl der Check als auch der Mieter nicht über hellseherische Fähigkeiten verfügen muss. Das kann der Mieter erst mit dem durch den Check

angebotenen Schreiben an den Vermieter in Erfahrung bringen, so wie das in § 556 g BGB vorgesehen ist.

Der Mieterverein zu Hamburg wird zum gegebenen Zeitpunkt gegen die einstweilige Verfügung des Landgerichts vorgehen und bietet weiterhin ununterbrochen ab 1. Juli 2015 seinen Mietpreis-Check an. Mehr dazu auf der Website des Vereins unter www.mieterverein-hamburg.de.

Blick aus Wilhelmsburg zur Fahrradsternfahrt



Am Sonntag, den 21. Juni, haben die »Engagierten Wilhelmsburger« um »5 vor 11« einmal mehr deutlich gemacht, dass es weniger Autoverkehr geben und mehr Menschen das Fahrrad oder den Bus benutzen sollten. Dann wären nämlich die Stadt und die Elbinsel weiterhin lebenswert. Rund 30 WilhelmsburgerInnen machten dieses Anliegen deutlich, als sie samt Transparent auf der IGS-Brücke standen und Hunderte von TeilnehmerInnen der Fahrradsternfahrt – darunter Heike Sudmann – unter sich hindurchziehen ließen.

Jens Matysik von den Engagierten Wilhelmsburgern meint, er habe vor drei Jahren sein Auto abgeschafft und es fehle ihm an nichts. Vielmehr habe er nun mehr Geld zur Verfügung und im Übrigen halte Fahrradfahren jung und gesund. Das sei sein Beitrag zum Klimaschutz.

Die engagierten Wilhelmsburger kämpfen seit 2009 mit Ihren »5 vor 12«-Aktionen für intelligente Verkehrslösungen, Klimaschutz und eine gute Lebensqualität für die Menschen. Siehe auch www.die-engagierten-wilhelmsburger.de

Rotes SommerKino: **Midnight in Paris** am 21. August in Hamm

Am **Freitag, 21. August**, ab 20.30 Uhr, läuft – umsonst und draußen – wieder das beliebte Rote Sommerkino auf der großen Wiese im Hammer Park (S-Bahn Hasselbrook, U-Bahn Hammer Kirche).

Ab 19 Uhr gibt es eine **Grillparty** mit Musik, und ab 20.30 Uhr wird Woody Allens romantische Filmkomödie aus dem Jahr 2011 gezeigt. Die Hauptfigur, ein Hollywood-Drehbuchautor, erlebt bei einer Reise in die französische Hauptstadt einen Zeitsprung in das Paris der 1920er Jahre – mit F. Scott Fitzgerald, Ernest Hemingway, Josephine Baker, den Surrealisten Salvador Dalí, Man Ray und Luis Buñuel. Eine Flucht aus der Gegenwart mit überraschendem Ende...

Jan van Aken von der LINKEN Bundestagsfraktion, **Christiane Schneider** von der LINKEN Bürgerschaftsfraktion und DIE LINKE Stadtteilgruppe Hamm-Horn-Borgfelde freuen sich auf viele Gäste!

NOlympia – Widerstand jetzt auch in St. Georg

Von Jutta Gritti, Initiative NOlympia St. Georg



NOlympia-Demo am 4.7.2015 (Foto: Eckhard)

Nachdem der Einwohnerverein St. Georg (EV) bei seinem Monatstreffen im Juni die Auseinandersetzung mit dem Projekt Olympia 2024 auf die Tagesordnung gesetzt hatte, wurde nach ausführlichen und alarmierenden Informationen durch eine Vertreterin der NOlympia-Bewegung sehr schnell deutlich, dass der Einwohnerverein sich einmütig dem Protest anschließen würde. Am selben Abend noch gründete sich aus Mitgliedern des EV eine St. Georger »NOlympia-Gruppe«, um auf Stadtteilebene den Widerstand gegen das gigantische Senatsprojekt mit zu organisieren. Neben den grundsätzlichen Bedenken gegen das Projekt, z.B. im Hinblick auf

- die enormen und unkalkulierbaren Kosten (allein die Spiele in London 2012 wurden am Ende mindestens zehnmals so teuer wie 2005 geplant – und mit Kostenexplosionen kennen wir uns spätestens seit der Elbphilharmonie ja bestens aus),
 - die Verdrängung von sozial Schwächeren aus den Vierteln um die Sportstätten herum durch Mietensteigerungen vermutlich bereits im Vorfeld, ganz sicher aber durch die Nachnutzung von olympischen Bauten,
 - die negativen Folgen für die Hafengebiete (und damit für die gesamte Stadt) durch die Umsiedelung von Betrieben vom Kleinen Grasbrook auf weiter entfernt gelegene Ausgleichsflächen,
 - das befürchtete Stagnieren der Breitensportförderung – es wird dafür schlicht für viele Jahre kein Geld mehr zur Verfügung stehen,
 - die Knebelverträge mit dem IOC,
- gibt es natürlich auch konkrete Befürchtungen, die mit dem Stadtteil bzw. dem Bezirk Mitte zu tun haben. Nicht genug damit, dass die Baumaßnahmen im Vorwege der Spiele durch Hotelneubauten (als hätten wir nicht schon genug davon in St. Georg!), Straßenaus- bzw. -umbau, Aus- bzw. Umbau des Hauptbahnhofs, Ausbau der Linie U 4 etc. an allen Ecken des

Stadtteils und des Bezirks über viele Jahre unseren Alltag beeinträchtigen werden – und wer sich nur an die monatelangen Baumaßnahmen im Zuge der »Busbeschleunigung« auf der Langen Reihe erinnert, wird sich mit Schauern das ungleich gigantischere Projekt Olympia vorstellen... Auch und vor allem während der dreiwöchigen Olympischen Spiele und der knapp zweiwöchigen Paralympics wird es beträchtliche Einschränkungen für alle ganz normalen BürgerInnen geben:

- Ungeahnte Touristenströme werden sich im Stadtteil und im Bezirk aufhalten – ein normales Alltagsleben wird in dieser Zeit nicht mehr möglich sein, es gibt ja bereits Pläne, die Hamburger Sommerferien dem Zeitplan von Olympia anzupassen, und den BürgerInnen wird empfohlen werden, in dieser Zeit ihren Sommerurlaub außerhalb Hamburgs anzutreten (sic!) – für die Hamburger BürgerInnen werden diese Spiele wohl nicht veranstaltet!
- Das Sicherheitskonzept (allein dafür werden zwischen 1,3 und 1,8 Mrd. Euro veranschlagt – wobei wir uns vorstellen können, dass sich das alles leicht vervielfachen lässt ...) wird mit einer erhöhten Polizeipräsenz, ggfs. dem Einsatz von Bundeswehrsoldaten, Einrichtung von Sicherheitszonen und Abzäunungen, Überwachung allerorten und nicht zuletzt Stationierung von Flugabwehrraketen auf Gebäuden unseren Alltag während der Spiele enorm beeinträchtigen.
- Der Hauptbahnhof ist durch seine Lage nicht unbegrenzt ausbaufähig und damit können auch die Fahrgastzahlen nicht uferlos in die Höhe getrieben werden. Die Folge wird eine wochenlange Überfrequentierung der Bahnen und Busse sein. Was das für die »Einheimischen« bedeutet, kann man heute schon an Tagen von Großevents (Hafengeburtstag, Fußballspiele, Cruise-Days) beobachten.
- Zahlreiche Wettbewerbe sollen im Bezirk Mitte veranstaltet werden (Radrennen und Triathlon werden auf öffentlichen Flächen ausgetragen, Freiwasserschwimmen wird in der Al-

ster stattfinden) und werden damit zu enormen Besucherströmen auch in St. Georg führen.

- Der normale Autoverkehr (z.B. An der Alster) wird durch die Einrichtung von Olympic Lanes verengt und dadurch zu einem noch größeren Verkehrschaos als heute schon führen oder Straßen werden für den Alltagsverkehr gleich ganz gesperrt.

Anders als der Senat uns verspricht, sind wir in St. Georg sicher, dass uns die Olympischen Spiele keinen Schritt weiter in Richtung sozialer und nachhaltiger Entwicklung weiterbringen werden, sondern die Gentrifizierung weiter vorantreiben, sozial Schwächere buchstäblich an den Rand der Stadt (und der Gesellschaft) drängen und unser Alltagsleben vor, während und nach den Spielen massiv beeinträchtigen und verändern wird. Das IOC und die Sponsoren werden mit den Gewinnen die Stadt verlassen – und uns, unseren Kindern und Enkeln, auf Jahre einen gigantischen Berg Schulden hinterlassen, wogegen die Elbphilharmonie ein Klacks sein wird. Es wird ein

weiteres Lehrstück aus der Reihe »Gewinne privatisieren – Verluste sozialisieren« sein. Wir werden mit den Folgen nicht nur auf Bund- und Länderebene, sondern auch und besonders auf Stadtteil- und Bezirksebene noch lange zu kämpfen haben.

Dagegen wehren wir uns! Mit Podiumsdiskussionen, mit Demonstrationen (ein kleiner Auftakt war die Demo am 4. Juli), mit Diskussionen im öffentlichen Raum, mit Info-Tischen, um dem Senat bei der Volksabstimmung im November – bei der absehbar über die Katze im Sack abgestimmt wird, weil nicht annähernd alle Zahlen und Fakten bekannt sein werden – mit einem breiten »NOlympia!« die Rote Karte zu zeigen. Wenn wir im November diesen größtenwahnsinnigen Plänen des Senats nicht Einhalt gebieten, wird es keine weiteren Mitwirkungsmöglichkeiten und keine Notbremsen mehr geben – dann werden unsere schlimmsten Befürchtungen wahr!

Deshalb stimmen wir am 29. November mit Nein zu Olympia in Hamburg!

Olympia: Mitreden, aber nicht mit KritikerInnen!

Von Heike Sudmann



Einladung zur Stadtwerkstatt

7. Juli 2015 | Beginn 19:00 Uhr
 MagnusHall | Amsinckstraße 70 | 20097 Hamburg
 S-Bahn Haltestelle Hammerbrook
www.hamburg.de/spiele-fuer-hamburg


Hamburg

Wachsende Begeisterung auf hamburg.de

Beteiligung an der Planung für die Durchführung der Olympischen Spiele 2024 in Hamburg wird groß geschrieben. Fast jede Woche gibt es mittlerweile eine so genannte Stadtwerkstatt oder eine andere offizielle Veranstaltung, auf der VertreterInnen des Senats und der beauftragten Büros den aktuellen Stand der Planungen vorstellen. Interessierte BürgerInnen können mündlich oder schriftlich Fragen stellen und Anregungen geben, die ExpertInnen im Auftrag der Stadt antworten.

Das klingt doch gut, was ist denn daran zu kritisieren? Ist das nicht die geforderte Transparenz und Einbeziehung der BürgerInnen? Wer wie ich die bisherigen (Hochglanz-)Veranstaltungen besucht hat, merkt schnell was fehlt. Es gibt auf den Podien keine kritischen ExpertInnen, die z.B. das Thema Nachhaltigkeit aus einem anderen Blickwinkel beleuchten. Es gibt keine Veranstaltung zu dem Thema Alternativen, z.B. ob die Ziele der Stadtentwicklung ohne Olympia besser und kostengünstiger zu erreichen sind. Apropos Kosten: Diese

Achillesferse für jede Stadt, die Olympische Spiele ausrichtet, versucht der Senat geschickt zu verbergen. Als Lehre aus der Elbphilharmonie wolle man nicht zu früh Zahlen nennen, die dann immer wieder nach oben korrigiert werden müssten. Eine gute Planung würde erst dann die Kosten beziffern, wenn sie verlässlich seien. Deshalb würden bis zu dem Referendum am 29. November, bei dem alle wahlberechtigten HamburgerInnen über Olympia abstimmen, auch nur die Zahlen veröffentlicht, die der Senat bis dahin habe. Klingt doch auch gut und solide, oder? Doch welche geneigte Leserin, welcher geneigte Leser würde sich z.B. ein neues Auto kaufen, wenn die Verkäuferin sagt: »Bitte unterschreiben Sie heute den verbindlichen Kaufvertrag, den Preis werde ich später eintragen. Der Kostenkorridor liegt zwischen 10.000 und 50.000 Euro.« Kein vernünftiger Mensch würde das unterschreiben, erst recht nicht bei Olympia, wo es um Milliardenbeträge geht. In London beliefen sich die Kosten der Stadt z.B. auf weit über 10.000.000.000 Euro.

Woher soll das Geld für Olympia kommen?

Mantramäßig behauptet der rot-grüne Senat, dass es keine neuen Schulden geben würde. So ist auf der offiziellen Homepage der Stadt zu lesen: »Für Hamburg ist klar: Die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele kann nicht mit neuen Schulden finanziert werden. Die im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse, die Bund und Länder zu einem ausgeglichenen Haushalt verpflichtet, gilt. Auch würden die Spiele nicht über Einschnitte im Sozial- oder Bildungsbereich oder umfangreiche Privatisierungen finanziert werden.« (www.hamburg.de/spiele-fuer-hamburg/faq/4460676/einnahmen-ausgaben/).

Diese starken Behauptungen werden durch nichts belegt. Nicht nur ich frage, wie das gehen soll. Schon heute werden die Mittel für soziale Einrichtungen massiv gekürzt, schon heute gibt es zu wenig Geld für die Hochschulen und die Schulen. Und auch im Schul- und Breitensport sieht es nicht gut aus. Ein großer Teil der Hamburger Schulsportstätten ist baufällig und nur teilweise oder gar nicht benutzbar. Das geht aus der Antwort auf eine Große Anfrage (Drs. 21/732) der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft hervor. Von den insgesamt rund 590 städtischen Schulsportstätten sind demnach 186, also praktisch ein Drittel, in sanierungsbedürftigem Zustand. Und schon heute wird die Öffnungszeit des Schwimmbades St. Pauli sonntags gekürzt, weil 2.400 Euro monatlich fehlen.

Zweifel mehren sich

Die Furcht, dass Olympia zu Lasten anderer Bereiche geht, haben auch ehemalige Senatsmitglieder. So schreibt Ingrid Nümann-Seidewinkel, von 1997 bis 2001 Finanzsenatorin (SPD), als heutige Vorsitzende der Patriotischen Gesellschaft in einem Gastbeitrag im »Hamburger Abendblatt« (HA) vom 11./12. Juli: »Ebenso richtig ist die Mahnung, die Olympiabewerbung dürfe nicht zu Lasten stärkerer Anstrengungen zur Entwicklung des Wissenschaftsstandorts gehen. Beide Forderungen werden aber durch pauschale Kritik entwertet.«

In der selben HA-Ausgabe findet sich ein Interview mit Landespastor Dirk Ahrens, Chef des Diakonischen Werkes Hamburg, der sich vor allem um die sozialen Folgen von Olympia sorgt. Hier einige Auszüge aus dem Interview

»Dirk Ahrens: (...) Der Senat und die ganze Stadt müssen endlich auch über die sozialen Folgen der Olympischen Spiele diskutieren. Das ist bislang noch nicht geschehen. Wir fordern, dass der Senat noch vor dem Referendum im November eine Kosten-Nutzen-Analyse mit einem Armuts-Mainstreaming vorlegt. Darin soll untersucht werden, wie sich die Spiele auf sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen auswirken...«

HA: Was müsste in einem Armuts-Mainstreaming untersucht werden?

D.A.: Zum Beispiel die Frage, wie sich ein solches Großevent, das über Jahre Kräfte binden wird, auf Hartz-IV-Familien, Alleinerziehende, Rentner mit geringer Rente, Wohnungslose, Menschen mit Behinderung und Flüchtlinge auswirkt. Wir appellieren an die Stadt, die Auswirkungen

der Olympischen Spiele auf diese Bevölkerungsgruppen endlich in besonderer Weise in den Blick zu nehmen!

Der Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts, Henning Vöpel, hat gesagt, dass es in jedem Fall Gewinner und Verlierer der Spiele geben wird. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass nicht die ohnehin Benachteiligten in dieser Stadt zu den Verlierern gehören werden.

HA: Befürchten Sie eine soziale Spaltung der Stadt?

D.A.: Es gibt bereits eine soziale Spaltung der Stadt! Für uns würde zu einem Armuts-Mainstreaming auch die Frage gehören, ob durch die Spiele die soziale Spaltung der Stadt verschärft wird. Oder ob es Chancen gibt, das zu minimieren.

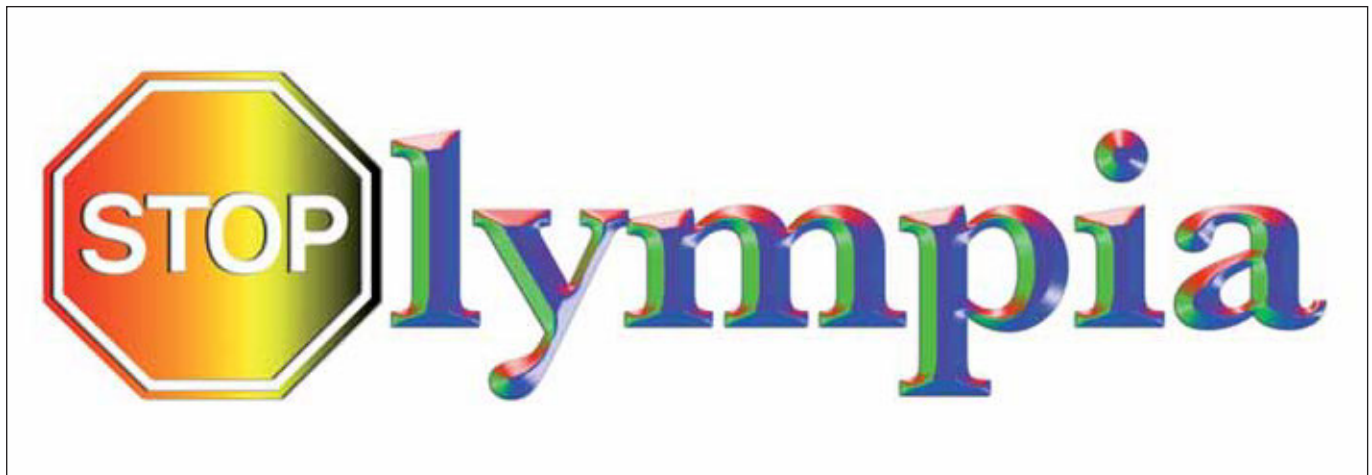
HA: Wie werden Sie beim Referendum im Herbst abstimmen?

D.A.: Das kann ich noch nicht sagen. Weil es wesentlich davon abhängt, wie konkret die geforderte Kosten-Nutzen-Analyse der Freien und Hansestadt sein wird. Und wie glaubwürdig der Senat versichern kann, dass das soziale Leben in unserer Stadt über Jahre hinweg nicht leiden wird.«

Schon im Juni 2015 schrieb die Leiterin des Bereichs Bildung der Diakonie im Hamburger Kirchenkreis Ost, Silvia Schmidt: »Bis dato liegt für die Austragung der Sommerspiele in Hamburg 2024 weder ein überzeugendes Konzept noch ein seriöser Kostenplan vor, der mehr hergibt als emotionalisierte Schlagwörter. Wir können uns als Kirche einmischen und das Entzünden unserer Fackel an Bedingungen knüpfen. Es geht nicht um Spielverderberei, sondern um verantwortliche Gesellschaftsgestaltung. Bis dahin bleibt meine Fackel aus.« Nachzulesen unter <http://diakonieundbildung.de/start/aktuelles/einzelansicht-startnews/datum/2015/06/19/nein-zu-olympia>

Und auch der BUND bleibt skeptisch, wie seiner Pressemitteilung vom 10. Juli zu entnehmen ist: »Die in Politik und Wirtschaft erkennbare Olympia-Begeisterung darf nicht dazu führen, dass Natur und Umwelt in der Stadt unter die Räder kommen und andere wichtige Bereiche wie etwa Soziales, Bildung oder der Breitensport das Nachsehen haben«, warnt Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg. Der Senat müsse verbindlich erklären, wie nachhaltige, umweltfreundliche und klimaneutrale Spiele organisiert werden können und woher das Geld dafür kommen soll. Dazu sei auch eine Kosten-Nutzen-Untersuchung, wie sie die Landeshaushaltsordnung vorsieht, erforderlich. (S. unter [http://bund-hamburg.bund.net/nc/presse/pressemitteilungen_hamburg/detail/artikel/olympia-bund-hamburg-bleibt-skeptisch/?tx_ttnews\[backPid\]=4655&cHash=c6711eb421f905465c3acd535c594861](http://bund-hamburg.bund.net/nc/presse/pressemitteilungen_hamburg/detail/artikel/olympia-bund-hamburg-bleibt-skeptisch/?tx_ttnews[backPid]=4655&cHash=c6711eb421f905465c3acd535c594861))





<http://fairspielen.de>

»STOP Olympia« sammelt Unterschriften

Nicht nur die Zahl der SkeptikerInnen, sondern auch die Zahl der Olympia-AblehnerInnen wächst. Am 3. Juli ist die überparteiliche Volksinitiative »STOP Olympia Hamburg« an den Start gegangen. Schon am ersten Wochenende wurden über 1.000 Unterschriften gesammelt zu dem folgenden Text:

»Ich fordere Bürgerschaft und Senat auf, die Bewerbung der Freien und Hansestadt Hamburg um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahr 2024 zu stoppen. Zum Olympia-Referendum 2015 soll diese Initiative mit ihren Argumenten gegen die Olympia-Bewerbung in das Informationsheft aufgenommen werden.« Ich hoffe, dass möglichst viele Menschen aktiv Unterschriften sammeln werden. Ich kann berichten, dass die Reaktionen an den ersten Infotischen durchweg positiv waren: »Endlich mal die Gegenposition zu dem Olympia-Wahn.« »Ich unterschreibe gerne und werde im November gegen Olympische Spiele in Hamburg stimmen.« »Zuerst fand ich den Gedanken an Olympia in Hamburg gut, doch mittlerweile sehe ich viel zu viele Nachteile für die Stadt.«

Weitere Informationen zur Begründung der Volksinitiative und vor allem Unterschriftenlisten zum Sammeln gibt es auf der homepage <http://www.stopolympia.de>.

Kleiner Exkurs:

Zwei weitere unterstützenswerte Volksinitiativen

Während die Volksinitiative »STOP Olympia Hamburg« klar gegen die Bewerbung für die Olympischen Spiele votiert, setzt sich ein Bündnis aus dem Verein »Mehr Demokratie e.V.« und über einem Dutzend Bürgerinitiativen dafür ein, dass es überhaupt gleichermaßen faire Chancen für BefürworterInnen und GegnerInnen der Hamburger Olympia-Bewerbung gibt. »Regierungen haben deutlich mehr Propaganda- und Manipulationsmöglichkeiten als Initiativen aus dem Volk. Deshalb sind faire Regeln besonders wichtig - und genau darum geht es uns! Wir müssen die politischen Rechte sichern, die wir Bürgerinnen und Bürger uns in fast zwanzig Jahren erkämpft haben. Senat und die Bürgerschaftsmehrheit aus SPD, Grünen, CDU und AfD haben im Schnellverfahren die Verfassung so geändert, dass Volksinitiativen im Keim erstickt wer-

den können.« Mit der Volksinitiative »Lex Olympia« soll ein faires Abstimmungsverfahren zu Olympia gesichert werden (<http://www.lex-olympia.de>).

Zur Stärkung der parlamentarischen und direkten Demokratie in Hamburg, damit u.a. Verfassungsänderungen künftig per Volksentscheid bestätigt werden müssen, läuft die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative »**Rettet den Volksentscheid!**« (<http://rettetdenvolksentscheid.de/wordpress/>).



Treffende Fotomontage ...

Wie sieht Hamburg in 20 Jahren aus?



Kleiner Grasbrook in der Zukunftsvision

Wie würde der Olympia-Zuschlag Hamburg sozial und städtebaulich verändern? Das waren die beiden Fragen, die die Gewerkschaftslinker bei einem Jour-Fixe am 1. Juli aufgeworfen hatte. Lassen wir uns einmal auf dieses kleine Gedankenexperiment ein, denn noch ist ja alles offen mit der hamburgischen Olympia-Bewerbung, die Entscheidung fällt schließlich erst per Referendum am 29. November 2015. Bis dahin gilt es die Mehrheit zu gewinnen, so hat es jedenfalls den Anschein, angesichts der uns geradezu überrollenden Kampagne von Senat, Abendblatt, HVV, Sportverbänden etc. Doch die Ablehnungsfront verbreitert sich und erstreckt sich mittlerweile von der zentralen NOlympia-Bewegung über DIE LINKE und den AstA bis hin zu den ersten Stadtteilinitiativen auf der Veddel und in St. Georg; zwei Demonstrationen in Wilhelmsburg und St. Georg haben stattgefunden, eine Volksinitiative ist auf den Weg gebracht.

Doch unterziehen wir uns einmal der Überlegung, was denn wäre, wenn Hamburg tatsächlich die Olympischen Sommerspiele und die sich anschließenden Paralympics 2024 (oder ggfs. auch 2028) ausrichten sollte, wenn also a) das Referendum am 29. November 2015 »positiv« ausfallen und Hamburg einige Monate später den endgültigen Zuschlag vom »Internationalen Olympischen Komitee« (IOC) bekommen sollte.

An den Anfang gestellt sei exemplarisch, dass das IOC kürzlich die Übertragungsrechte der Olympiaden 2018 bis 2024 für 1,3 Mrd. Euro an den US-Konzern »Discovery« verkauft hat. Wer kein Pay-TV hat, guckt also buchstäblich in die Röhre; ARD und ZDF müssen mit dem US-Sender verhandeln, um wenigstens einen Teil der Wettkämpfe übertragen zu können, wenn auch nur zeitverzögert. Es geht also bei der Durchführung der Spiele um sehr viel Geld. Am besten lässt sich das wohl am Veranstalter, dem IOC selbst illustrieren: einem weltumspannenden, milliarden schweren Konzern, der Olympia seit Jahren als profitables Unternehmen betreibt, verbunden mit Korruption vom Feinsten (ganz wie bei der FIFA).

Auch für Hamburg als Ausrichter wird's eine Riesengeschichte. Paris beispielsweise hat als Bewerber-Konkurrent

für 2024 das Ausgabenvolumen schon mal mit gut 6 Mrd. Euro beziffert. Man muss sich all die vorbereitenden Maßnahmen vor Augen führen, die Hamburg in den kommenden Jahren angehen wird, insbesondere die Herstellung der IOC-kompatiblen Wettkampfstätten wie das Leichtathletikstadion und die Schwimmhalle etc. Der Senat wird viele Milliarden ausgeben müssen (5, 6, 12 oder gar 15? Von den üblichen finanziellen, nochmals einige Milliarden schweren Nachwehen wie in London und anderswo ganz abgesehen), um die Spiele zu organisieren – und zwar so, dass das Hauptziel auch der Handelskammer erreicht wird, die Marke Hamburg in die Welt zu tragen und im Ranking der Großstädte um einige Plätze nach oben zu rutschen.

Doch hier soll es nicht nur um die – noch weitgehend unbekannt – Geldsummen, sondern vielmehr um die Vision einer Olympiade in Hamburg gehen, die den einen als Riesenparty winkt, anderen aber eher wie eine Dystopie, eine abschreckende Anti-Utopie vorkommt. Fangen wir mit dem Kleinen Grasbrook an, der auf Kosten einiger Hafengebiete vollkommen geräumt und neu bebaut werden muss. Alleine die Verlagerung dieser Betriebe wird die Stadt teuer zu stehen kommen – und anderswo für Flächenfraß sorgen. Ganz wunderbar sind auch die ersten architektonischen Entwürfe und das Propaganda-Argument, dass das nach der Olympiade überflüssige Riesenstadion zu einem – selbstverständlich teuren – Wohngebiet mit Aussichtsturm wird. Wer braucht so was? Olympia als Vehikel für eine »andere« Stadtentwicklung, das ist ein Lieblingsargument von Jörn Walter, Dieter Läßle und anderen Großkopfeten. Doch warum soll man erst eine OlympicCity bauen, um Jahre später zusätzlichen teuren Wohnraum zu haben? Warum werden nicht zeitnah die schon heute allzu notwendigen (Sozial-)Wohnungen gebaut? Warum werden nicht gleich der ÖPNV und die Infrastruktur ausgebaut, statt auf die Planungen für eine temporäre Olympiade zu verweisen? Geld ist ja offenbar vorhanden. Dagegen kostet jeder Um- und Rückbau nach Beendigung der Olympiade überflüssige Millionen, wenn nicht gar Milliarden.

Doch bleiben wir bei unserer kleinen gedanklichen Unternehmung. Klar ist schon mal, dass das auf dem Kleinen Grasbrook angesiedelte Olympia-Dorf nicht eben ein neues Gebiet für Menschen und Haushalte mit geringem oder normalem Einkommen wird, vielmehr ist hier eine zweite HafenCity vorgesehen, ein weiteres Reichenviertel, am Wasser, versteht sich. Schauen wir auf die benachbarte Veddel, wo in einem bestimmten Wahlbezirk DIE LINKE gut 30% der Stimmen bekommen hatte. Es ist eine alte Erfahrung, dass Neubauten – allemal dieser Größenordnung – auch unabweisbar Auswirkungen auf die Nachbarschaft haben werden. »Aufwertung« nennt sich das, und SPD und GRÜNE werden nicht müde zu behaupten, es gäbe so etwas wie »Aufwertung ohne Verdrängung«. Sämtliche Szeneviertel können ein Lied davon singen, was ihnen die Sanierung und die Aufwertung im Abstand weniger Jahre gebracht haben: Gentrifizierung und Segregation. Und darum geht es schließlich auch, um das Herrichten der innenstadtnahen Areale für eine einkommensstärkere Klientel. Die City den Reichen und Schönen, die Peripherie dem ganzen Rest! Gehen wir also davon aus, dass aus der Veddel mit ihrem hohen Anteil an GeringverdienerInnen und MigrantInnen innerhalb der nächsten 20 Jahre ein erst von Studierenden und dann von »Gentrifizierern« heimgesuchtes, ganz sicher auch noch baulich umgemodeltes Quartier wird, wenigstens in Teilen.

Schauen wir auf St. Georg, das heute schon rund 10.000 BewohnerInnen und 15.000 Hotelbetten hat. Weitere 30.000 Hotelbetten seien nötig, um die Olympia-Gäste unterzubringen. Selbst wenn ein Teil auf Schiffen buchstäblich zu liegen kommt, werden wir einen gigantischen Ausbau der Hotellerie erleben. Bestimmte Viertel wie St. Georg und St. Pauli, die heute schon in Touristenströmen versinken (nach St. Pauli sollen alljährlich rund 13 bis 14 Mio. Touris reisen), werden noch einmal zusätzlich unter der Lawine ächzen. Und es sind nicht nur die neuen Hotels, die Flächen verbrauchen, es sind auch die diversen Gastrobetriebe, die Eventeinrichtungen, die bestimmte Quartiere ihrer Identität für die ansässigen Menschen noch stärker berauben werden.

Sehen wir uns den ÖPNV an, beispielsweise den Hauptbahnhof, der heute schon dicht an den, wenn nicht über seine Kapazitätsgrenzen hinaus ist. Hier wird wohl eine Erweiterung nötig, ein neues Gleis, neue Bahnsteige, um Hunderttausende zusätzliche Gäste nicht im Regen stehen zu lassen. Um die zentralen Achsen zwischen Flughafen, Hauptbahnhof und Wettkampfstätten zu bedienen, werden bestimmte Linien und Stationen ausgebaut. Das hat kaum etwas mit dem realen Bedarf der Bevölkerung zu tun, aber um so mehr mit den Anforderungen des IOC und dem Ziel, es den OlympionikInnen und den Gästen recht und komfortabel zu machen.

Von wegen, die Olympischen Spiele nützen dem Hamburger Sport. Selbst eine behördliche Untersuchung der Sportstätten im Bezirk Mitte hatte 2013 ergeben, dass in den fünf verschiedenen Sportplätze-Kategorien dreimal die Note 3 und je einmal die Note 4 und 5 vergeben werden mussten. Es möge doch niemand glauben, dass sich deren Zustand verbessert, weil olympische Finanzmittel winken. Gefördert und

Senatspläne für die »OlympicCity«: Fahrradfahrt über den Kleinen Grasbrook

Mit Heike Sudmann, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion

Sonntag, 20. September, 15.00 Uhr,
ab Alter Elbtunnel (nahe den Landungsbrücken)

mit reichlich Geld saniert, wenn nicht gar neu gebaut werden Wettkampfstätten des Hochleistungssports. Sicher kommen auch einige wenige Vereine in den Genuss, dass ihre wettkampftauglichen Sportstätten generalüberholt und modernisiert werden, aber die Masse der kleinen und mittleren Breitensport-Vereine wird davon überhaupt nichts haben.

Und dann die sozialen und kulturellen Einrichtungen unserer Stadt. Auch wenn Bürgermeister Olaf Scholz sagt, die Aufwendungen für die Olympiade würden aus dem laufenden Etat entnommen und keinesfalls zu Kürzungen führen, so ist das schlicht eine Lüge. Jede Million, jede Milliarde kann nur einmal ausgegeben werden, und entweder wird sie für den Bau des Olympiastadions oder z.B. für den Erhalt der sozialen Infrastruktur investiert. Angesichts der milliarden schweren Investitionen bei gleichzeitig wirksamer »Schuldenbremse« wird es verheerende Auswirkungen auf den städtischen Haushalt, genauer: auf die Verteilung der Mittel geben. Und, Hand aufs Herz, was ist uns wichtiger: ein für vier Wochen genutztes Olympiastadion, das anschließend wieder zurückgebaut werden muss, oder die flächendeckende Sanierung der Sportplätze und -hallen in Hamburg? Spitzensport versus Breitensport, auch darum geht's.

Schließlich werden wir in den nächsten Jahren mit neuen Sicherheitsauflagen konfrontiert, die teilweise im Vorgriff auf die IOC-Anforderungen ausgerichtet sind. Gefahrengelände bleiben auf der Tagesordnung, für die Olympiade 2024 ist mit einem flächendeckenden Gefahrengelände zwischen St. Georg und dem Kleinen Grasbrook zu rechnen. Regelmäßige Demonstrationen gegen die Olympiade werden im Vorfeld regelmäßig zusammengeknüppelt, weil man am Tag der Eröffnung der Spiele ein einiges, clean gemachtes Hamburg präsentieren will. Was im Übrigen auch Auswirkungen auf die in der Innenstadt angesiedelten sozialen Einrichtungen haben wird. Eine Visitenkarte Hauptbahnhof gilt es endlich zu befreien von all den Personengruppen, die laut, schmutzig und einfach anders sind – »so etwas« kann man den Gästen aus über 100 Ländern nicht zumuten. Dies bestätigen alle Olympiaden der jüngeren Vergangenheit, Verdrängung mit verschiedensten Mitteln wird zum Tagesphänomen.

Fazit: Wir werden einige neu bebaute, schicke Quartiere haben, aus denen in den nächsten Jahren Betriebe und auch Menschen vertrieben werden, um Platz zu machen für eine andere Nutzung und vor allem eine andere Klientel. Das allgemeine Mietniveau wird durch diese Aufwertung befeuert, der Mietenspiegel weiterhin strikt nach oben gehen, schon deswegen, weil Hamburg – bei mangelndem Wohnungsbau – bis 2030 auf 1,9 bis 2,0 Millionen EinwohnerInnen anwachsen wird, jedes Jahr um 10.000 bis 15.000!

KulturTipp: Ohlsdorfer Friedensfest



Friedensfest vor dem Mahnmal für die Bombenopfer, 2014 (René Senenko)

Zum siebten Mal finden in diesem Jahr, **vom 18. Juli bis zum 2. August**, auf dem Ohlsdorfer Friedhof zahlreiche öffentliche Veranstaltungen statt. Dass die Termine in den Sommerferien liegen, erklärt sich aus dem Gedenken an die Nächte des Hamburger Feuersturms vor 72 Jahren. Damals erlebte die Hamburger Bevölkerung eine unvorstellbare Kriegshölle. Um daran zu erinnern, dass diese für die Hansestadt bisher größte Katastrophe eine Folge der nationalsozialistischen Herrschaft war, und auch um die Befreiung vom Nationalsozialismus zu feiern, wird auf dem Ohlsdorfer Friedhof ein Friedensfest begangen. Gleichzeitig, so heißt es im Veranstaltungsfaltblatt, »werden dabei neue Formen des angemessenen Gedenkens gesucht und erprobt, denn die Spanne, in der Zeitzeugen und Zeitzeuginnen persönlich erzählen können, geht zu Ende« (www.friedhof-hamburg.de/fileadmin/Dateien/bilder/veranstaltungen/pdf/Flyer_Friedensfest_2015.pdf).

Eröffnet wird das Fest am Samstag, 18. Juli, um 15 Uhr durch Carola Veit, Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, danach folgt eine Vorstellung des Bündnisses und eine politisch-musikalisch-literarische Revue von und mit Anna Häntjes und Ulrich Stolpmann. An den folgenden Tagen gibt es zahlreiche Lesungen und Diskussionen, Filmvorführungen, Fahrradwanderungen, Konzerte und Gespräche. Das breite Bündnis, von dem das Ohlsdorfer Friedensfest ge-

tragen wird, richtet sich durch seine Präsenz aktiv gegen den Missbrauch des Gedenkens an die Bombenopfer, wie er von Neonazis zwischen 2003 und 2009 betrieben wurde.

Veranstaltungsorte sind das Bestattungsforum und das Bombenopfer-Mahnmal, letzteres selbst ein sehens- und »denkwürdiges« Monument: Die Anlage wurde noch während des Zweiten Weltkriegs für die circa 37.000 Opfer der alliierten Luftangriffe im Sommer 1943 eingerichtet. Häftlinge aus dem KZ Neuengamme mussten die Toten bergen und beim Ausheben des Massengrabs helfen, das kreuzförmig mit breiten Armen von über hundert Metern Länge angelegt wurde. Im August 1952 wurde an diesem Ort das Mahnmal eingeweiht: Im Mittelpunkt steht ein quadratischer Sandsteinbau, in dem sich die Skulptur »Fahrt über den Styx« von Gerhard Marcks (1889–1981) befindet. Sie zeigt den Totenfährmann Charon aus der griechischen Mythologie, der ein Brautpaar, eine Mutter mit Kind, einen Mann und einen Greis ans jenseitige Ufer in die Unterwelt bringt. Der Bau wird durch 18 Eichenbalken auf dem Gelände ergänzt, auf denen die Namen der Stadtteile stehen, aus denen die Toten zu dieser Ruhestätte gebracht wurden. Das Denkmal wurde schon bei seiner Einweihung kritisiert, da es das Kriegsgeschehen als schicksalhaft darstellt und keinen direkten Bezug zum NS-Regime herstellt – anders als das Ohlsdorfer Friedensfest!

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg.